



02:09



Seit 1981 in der Verfassung

«Die Lohngleichheit ist immer noch nicht Realität»

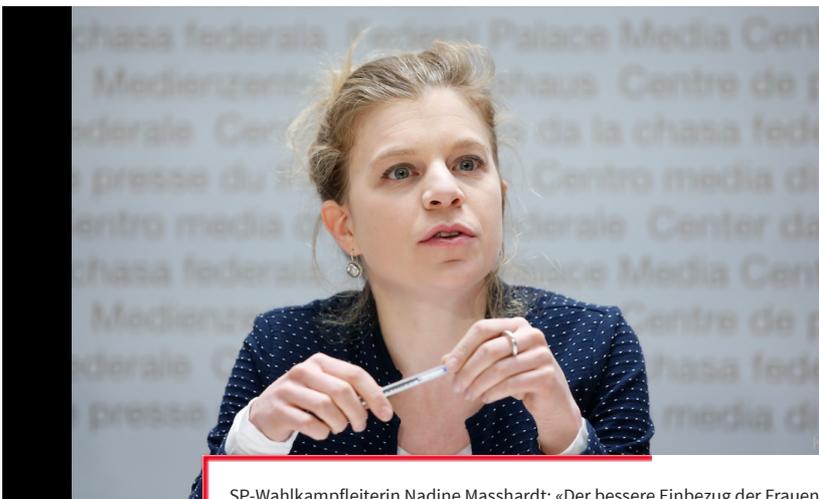
Gleichstellungs-Offensive

SP fordert Recht auf Teilzeitarbeit für Eltern

Ruedi Studer 10:00 Uhr 21.05.2019 13:25 Uhr 21.05.2019



Väter und Mütter sollen ein Recht auf Teilzeitarbeit erhalten – und neben den Papiferien soll auch eine Elternzeit gesetzlich verankert werden: Die SP geht mit einer Gleichstellungsoffensive ins Wahljahr.



1/9

SP-Wahlkampfleiterin Nadine Masshardt: «Der bessere Einbezug der Frauen in die Arbeitswelt wird nur gelingen, wenn sich Väter stärker in der Kinderbetreuung engagieren.»



2/9

Männer sollen sich stärker in der Kinderbetreuung engagieren.

Am 14. Juni findet der **grosse Frauenstreik** statt. Rechtzeitig zum Termin präsentiert die SP ihren Sechs-Punkte-Plan für die Gleichstellungspolitik (siehe Box). Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist dabei ein zentrales Thema.

So fordert die SP nicht nur einen Mutter- und Vaterschaftsurlaub von mindestens 14 Wochen, sondern packt zusätzlich auch noch eine zehnwöchige Elternzeit obendrauf.

Recht auf Teilzeit-Arbeit

Für Eltern ist dies bloss eine temporäre Entlastung. Deshalb geht die SP noch einen Schritt weiter: Sie verlangt ein Recht auf Teilzeitarbeit!

Konkret: Wer Vater oder Mutter wird, soll Anspruch auf eine Reduktion seines Arbeitspensums um bis zu 20 Prozent erhalten – sofern er nicht unter 60 Prozent fällt. Der Anspruch muss aber innerhalb eines Jahres nach der Geburt oder Adoption angemeldet werden.

Väter sollen Kinder betreuen

«Der bessere Einbezug der Frauen in die Arbeitswelt wird nur gelingen, wenn sich Väter stärker in der Kinderbetreuung engagieren», sagt SP-Nationalrätin und Wahlkampfleiterin Nadine Masshardt (34, BE). «Damit dies Realität wird, muss Teilzeitarbeit von Männern akzeptiert sein.»



Weniger Lohn und Anerkennung

Bei der Gleichstellung stehen Schweizerinnen hinten an

Sie verweist auch auf eine Umfrage, wonach neun von zehn Männern gerne Teilzeit arbeiten würden. Aktuell würden aber nur gerade 13,4 Prozent der Väter mit kleinen Kindern Teilzeit arbeiten. Bei Müttern in derselben Situation seien es 82,3 Prozent, so Masshardt. «Ein massives Ungleichgewicht!»

Für Lohnschutz und gegen Sexismus

Sie ablaufende Legislatur sei in Sachen Gleichstellung eine verlorene Legislatur, moniert die SP. Das soll sich nach den Wahlen ändern. Und das verlangt der Sechs-Punkte-Plan für die Gleichstellung:

1. Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einer «echten» Elternzeit, guten Rahmenbedingungen für berufstätige Jungeltern sowie mehr Teilzeitstellen.
2. Gute und bezahlbare Krippenplätze für alle. «Wenn es um die Verfügbarkeit und Zahlbarkeit von familienexterner Kinderbetreuung geht, ist die Schweiz ein Entwicklungsland», sagt SP-Nationalrat Cédric Wermuth (33, AG).
3. Alimentenbevorschussung für alle, denn besonders oft armutsbetroffen sind Alleinerziehende – etwa, wenn die Unterhaltspflichtigen ihre Beiträge nicht zahlen. «Betroffene sollen in diesen Fällen Vorschüsse erhalten», sagt SP-Frationschef Roger Nordmann (46, VD).
4. Anerkennung der Angehörigenpflege: Viele Menschen würden sich neben ihrer Erwerbsarbeit um Angehörige kümmern. «Diese Personen – meist Frauen – haben häufig reduzierte Pensen, Lohnausfälle und Lücken in der Altersvorsorge», sagt SP-Vizepräsidentin Barbara Gysi (55, SG). «Darum muss die Angehörigenpflege besser abgegolten werden.»
5. Lohnschutz auch für Frauen: Lohndiskriminierung soll hart bestraft werden. «Unternehmen ab einer gewissen Grösse sollen darum Lohngleichheitsanalysen durchführen müssen», so SP-Nationalrätin Min Li Marti (44, ZH).
6. Gegen Sexismus bei der Arbeit: Frauen sollen besser vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz geschützt werden. «Die Betroffenen müssen externe Ansprechpersonen und höhere Entschädigungen erhalten», sagt SP-Nationalrätin Flavia Wasserfallen (40, BE). (rus)

Besserer Kündigungsschutz für Mütter

Doch nicht nur beim Arbeitspensum setzt die SP an, sondern auch beim Kündigungsschutz. «Es ist leider eine Tatsache, dass Schwangere und Jungmütter nach der Geburt ihrer Kinder am Arbeitsplatz oft diskriminiert werden», so Masshardt.

Sie müssten im Beruf besser geschützt werden. «Der Kündigungsschutz muss deshalb auf die Elternzeit ausgeweitet werden.»

Rechte Mehrheit brechen

Mit ihrem Gleichstellungspaket lanciert die SP eines ihrer grossen Wahlkampfthemen für die Wahlen 2019. Für die kommende Legislatur 2019–2023 fordert sie eine gleichstellungspolitische Offensive.

«Die rechte Mehrheit im Parlament hat in der ablaufenden Legislatur zahlreiche Vorstösse für mehr Gleichstellung und eine wirksame Bekämpfung von Diskriminierung abgelehnt», moniert Masshardt. Für sie ist daher klar: «Damit Fortschritt wieder möglich wird, braucht es am 20. Oktober im Nationalrat eine neue Mehrheit.»



Kommentare

| Schreiben Sie einen Kommentar...